Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 6.50. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—. Auslandsbezug: monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile Mk. 1.75, von auswärts Mk. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil Mk. 3.50, von auswärts Mk. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile Mk. 1.50, bei Wiederholungen Nachlaß. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Erfüllungsort Leipzig. Fernsprech-Anschluß Nr. 17000 bis 17099. — Postscheckkonto Leipzig 3004. Geschäftsstelle und Geschäftszeit: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8.

Herausgeber Dr. Peter Reinhold.
Druck und Verlag: Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H.

Nr. 524 — Dienstag, den 25. Oktober — **1921**

Steuer-Gutachten der sächsischen Handelskammern

Kritik und Vorschläge

Durchführung der alten Steuergesetze — Vermeidung unnötiger Deklarationen — Erhöhung der Umsatzsteuer

(Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.)

⊙ **Dresden**, 25. Oktober.

Zu den von der Reichsregierung vorgelegten Entwürfen zu Gesetzen über eine Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer und Steuer vom Vermögenszuwachs der Nachkriegszeit haben sich die sächsischen Handelskammern grundsätzlich in folgender Weise ausgesprochen:

Die vorliegenden Steuerpläne scheinen zunächst die Absichten der Regierung wegen neuer Reichseinnahmen nicht zu erschöpfen. Die Andeutung, daß die Heranziehung des Besitzes zu Lasten des Reiches noch auf anderem Wege als dem der Besteuerung geprüft wird, erzeugt eine völlige Unsicherheit für die Behandlung des finanziellen Problems. Die Pläne, die über eine solche Heranziehung in die Oeffentlichkeit gedrungen sind, würden in ihrer Wirkung eine weitere Besteuerung bedeuten, die Grundlage für die Beurteilung der Einkommens- und Vermögenssteuern verschieben und vor allem geeignet sein, die Pläne der Entente, die deutsche Industrie in ihre Hand zu bekommen, zu verwirklichen.

Die Steuergesetze der letzten Jahre sind noch nicht genügend durchgeführt. Die Veranlagung und Erhebung der in ihnen beschlossenen Steuern sollte in erster Linie betrieben werden. Insbesondere gilt dies für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, die voraussichtlich noch große Beträge bringen wird. Die jüngst geschaffenen Steuerbehörden sind bisher der Ueberfülle der ihnen zugewiesenen Aufgaben nicht gewachsen gewesen. Es muß zu unübersehbaren neuen Schwierigkeiten führen, wenn ihnen jetzt noch weitere größere Aufgaben überwiesen werden sollen.

Von allen neuen Steuergesetzen, insbesondere auch von den neuen Besitzsteuern, muß gefordert werden, daß sie schon mit Rücksicht auf die Belastung der Steuerbehörden alle Bestimmungen vermeiden, die nur zu unwesentlich höheren Einnahmen, aber zu einer in keinem Verhältnis hierzu stehenden Arbeit führen würden, und daß sie dem Steuerpflichtigen gegenüber darauf Rücksicht nehmen, ihn tunlichst mit unnötiger Arbeit, insbesondere unnötigen Deklarationen, zu verschonen.

*

In einem Entwurf zur Abänderung des Umsatzsteuergesetzes haben die sächsischen Handelskammern ein gemeinsames Gutachten an das Wirtschafts- und das Finanzministerium erstattet. Während darin die Handelskammer Plauen den Wegfall der Umsatzsteuer und ihre Umgestaltung zu einer Kleinhandelssteuer forderte, sahen die übrigen Kammern von diesem Verlangen ab und konnten mit der durchgängigen Erhebung der Umsatzsteuer in Höhe von künftig 2 v. H. statt bisher 1½ v. H. trotz der gegen diese Erhöhung zu beachtenden Bedenken sich einverstanden erklären. Sie knüpften jedoch diese Zustimmung nachdrücklich an die Bedingung, daß der Entwurf an anderer Stelle entsprechend abgeändert wird und gemäß dem Wunsche sämtlicher Kammern in der seitherigen Weise darauf verzichtet, die Aus- und Einfuhr einschließlich der ersten Umsätze eingeführter Waren heranzuziehen. Wegen der bei allen inländischen Umsätzen hervorgerufenen Verteuerung der Waren durch die künftige 2prozentige Abgabe sei es besonders wichtig, die Ausfuhr nicht noch mehr zu verteuern und wettbewerbsunfähig zu machen. Unter dem Gesichtspunkte sollten auch industrielle, für die Ausfuhr zu verarbeitende Materialien und Hilfsstoffe, die aus dem Auslande eingeführt würden, bei dem ersten Inlandverkaufe abgabefrei ausgehen. Ebenso einmütig wurde verlangt, die Luxussteuer künftig zu beseitigen.

Karl und Zita auf Schloß Totis

Der Kampf bei Komorn — Näheres über den Abenteurer Osztenburg

Wien, 25. Oktober.

Zwei amtliche Meldungen haben die deutschösterreichische Regierung in später Nachtstunde davon verständigt, daß Karl und Zita, nachdem sie südlich von Komorn von Horthy-Truppen gefangengenommen worden waren, nach Schloß Totis, wo die frühere Kaiserin Elisabeth besonders gern weilte, gebracht und unter Bewachung gestellt wurden. Gegenwärtig finden Beratungen zwischen der Regierung und der Entente statt, die sich mit dem Schicksal des Exkönigs befassen. Es nehmen daran auch die Vertreter der kleinen Entente teil.

Der Kampf bei Komorn, mit dem der karlistischen Wehrmacht ein Ende bereitet wurde, verlief sehr blutig. Es gab 400 Tote und über tausend Verwundete. Nachdem bereits eine große Zahl Gefangene gemacht war, ergaben sich auch die beiden letzten kämpfenden Kompanien Osztenburgs. Eine ungarische Meldung besagt, daß Osztenburgs wahrer Name Moravek und daß er gebürtiger Tschecho sei. Dies war der Held, der in Westungarn den Aufstand organisierte, dessen berüchtigtes Detachement dann von den drei Ententegeneralen als interalliierte Truppe erklärt wurde und der schließlich mit ihr sich König Karl zur Verfügung stellte, um gegen Budapest zu marschieren.

Die „Liga der erwachenden Madjaren" erläßt eine Proklamation, in der diese Tatsachen über Osztenburg festgestellt werden und behauptet wird, das ganze Abenteuer sei von österreichischen Offizieren angezettelt worden, die den Exkönig verführt hätten, nach Westungarn zu kommen. Das ist eine glatte Entstellung, da, wie der offizielle, durch den Begleitoffizier Karls gegebene Bericht über den Flug aus der Schweiz nach Oedenburg in allen Einzelheiten darlegt, das legitimistische Ungarn, vertreten durch Andrassy, Gratz, Rakovszky, Veniczky usw., Karl durch Kurier zur sofortigen Abreise im Flugzeuge aufgefordert hat.

Haftbefehle gegen Karlistenführer

Budapest, 25. Oktober.

Die Regierung hat Haftbefehle erlassen gegen die Abgeordneten Stefan Friedrich, Ludwig Szilagyi und Georg Szmrecsanyi, ferner gegen die Generale Horvath, Lehar, Graf Anton Sipnay und Boroviczeni, den Oberst Asboth und den Major Osztenburg. Sie sind des Aufruhrs angeklagt und zum Teil flüchtig, und sollen ohne Rücksicht auf das Immunitätsrecht festgenommen werden. Die Abgeordneten Friedrich und Szilagyi befinden sich bereits im Polizeigewahrsam, ebenso die politischen Führer der karlistischen Unternehmungen, Graf Andrassy, Dr. Gratz und Rakovszky. Dem Abgeordneten Szmrecsanyi gelang es, als die Geheimpolizisten ihn festnehmen wollten, durch ein Fenster seiner Wohnung zu entkommen; er flüchtete in einem Automobil.

Die Abteilungen der aufrührerischen Truppen, die größtenteils versprengt sind, werden entwaffnet.

„Moralischer und politischer Selbstmord"

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 25. Oktober.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte gegenüber dem Budapester Korrespondenten des Petit Parisien auf das entschiedenste, daß die ungarische Regierung fest entschlossen sei — koste es, was es wolle —, Karl von Habsburg an der Verwirklichung seines Planes zu verhindern. „Karl," so sagte der Ministerpräsident, „hat diesmal alles auf eine Karte gesetzt. Nun gut, er wird alles und den Rest verlieren." Während der Unterredung wurden Kanonenschüsse in der Ferne hörbar. „Es ist unsere Artillerie," so fuhr Graf Bethlen fort, „die angeblich 30 Kilometer von Budapest entfernt die Vortruppen der königlichen Truppen beschießt. Diese Truppen umfassen höchstens 3—4000 Mann und setzen sich insbesondere aus ehemaligen österreichischen Offizieren und Soldaten zusammen." Zum Schluß erklärte Graf Bethlen, daß der neue Staatsstreich Karls einem moralischen und politischen Selbstmord gleichkomme. Karls Aussichten, jemals wieder auf den Thron zu gelangen, seien nie sehr groß gewesen; jetzt seien sie aber auf Null gesunken.

*

Der schweizerische Bundesrat hat einstimmig den Wortbruch des Exkönigs Karl verurteilt. An eine Rückkehr in die Schweiz könne nicht mehr gedacht werden.

Lloyd George teilte im Unterhause mit, daß die alliierten Regierungen sich der Wiedereinsetzung eines Mitgliedes der Dynastie Habsburg nach wie vor widersetzen werden. Die ungarische Regierung habe mitgeteilt, daß sie dem Wunsche der alliierten Regierungen nachkommen werde und die notwendigen Schritte getan habe, um die Ausweisung des Exkönigs aus Ungarn sicherzustellen.

Mißtrauen gegen Horthy in Prag

Gemeinsames Vorgehen Italiens und der Tschecho-Slowakei

Wien, 25. Oktober.

Die in Wien erscheinende ungarische Tageszeitung Jövö meldet: Aus bestinformierten tschechischen politischen Kreisen erfahren wir folgendes: Die Regierung der Tschecho-Slowakei hat kein Vertrauen zum Reichsverweser Horthy. Sie hält sein Auftreten in der zweiten Karl-Affäre nur für Schauspiel und betrachtet auch im Falle des Sieges von Horthy die Angelegenheit nicht als erledigt. Sie verlangt Garantien, daß in Ungarn ein ganz neues Regime entsteht, das die Wiederholung solcher Ereignisse und solcher Bedrohung der Tschecho-Slowakei ausschließt. Demgemäß wird die kleine Entente sich nicht damit begnügen, daß Karl außer Landes gebracht wird, sondern weitergehende innerpolitische Forderungen an Ungarn stellen.

Nach einer Meldung aus Prag erschien dort gestern der italienische Gesandte beim Ministerpräsidenten Dr. Benesch und übergab ihm eine Erklärung des italienischen Außenministers, in der della Torretta mitteilt, daß er mit Dr. Benesch der gleichen Ansicht sei über die Wichtigkeit eines gemeinsamen Vorgehens gegen die Ereignisse in Ungarn. Diese Gemeinsamkeit stütze sich nicht nur auf den Vertrag der beiden Verbündeten, sondern werde auch durch die beiderseitigen Interessen diktiert.

Die Ermordung des bulgarischen Kriegsministers

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 25. Oktober.

Die Ermordung des bulgarischen Kriegsministers Dimitroff erfolgte, wie aus Sofia gemeldet wird, als der Kriegsminister von Kistendil nach Sofia zurückfuhr: er wurde von rückwärts erschossen. Zwei Personen, die mit ihm fuhren, wurden gleichfalls getötet, ein Kaufmann verwundet. Die Täter sind entkommen. Der Neuen Freien Presse wird gemeldet, Dimitroff sei in Mazedonien mißliebig gewesen und auch innerhalb seiner Partei habe eine lebhafte Mißstimmung gegen ihn geherrscht.

Die bulgarische Gesandtschaft teilt dazu mit: Dimitroff war einer der tatkräftigen Führer der bulgarischen Bauernpartei, aus der die gegenwärtige Regierung hervorgegangen ist. Durch seine strengen Maßnahmen betreffend die Grenzüberwachung im Sinne des eine Annäherung Bulgariens an die Nachbarstaaten anstrebenden Regierungsprogramms hatte sich Dimitroff den Haß unbotmäßiger Elemente zugezogen, die das einstige Bandenwesen wieder erwecken wollten, und es liegt die Wahrscheinlichkeit nahe, daß er dieser Anfeindung zum Opfer gefallen ist.

Vor den badischen Landtagswahlen

Aus Karlsruhe wird uns geschrieben:

Am 30. Oktober werden in Baden die Landtagswahlen sein. Für den politisch wirklich geschulten Wähler wird die Entscheidung nicht schwer fallen, denn die Lage ist in Baden sehr einfach — weit einfacher, als sonst irgendwo im Reich.

Der jetzt zu Ende gegangene Landtag war am 5. Januar 1919 als verfassunggebende Landesversammlung gewählt worden. Er zählte nur vier Fraktionen: drei der Regierungsparteien (Zentrum 40, Sozialdemokraten 35, Demokraten 25 Abgeordnete) mit zusammen 100 Abgeordneten, denen als Opposition die nur sieben Mann starke deutschnationale Gruppe gegenüberstand. Dieser Landtag hat vom ersten Tage seines Bestehens an gute und brauchbare Arbeit geleistet. Er konnte sie leisten, weil er eine feste arbeitsfähige und arbeitswillige Mehrheit hatte, die die kleinlichen Fraktionszänkereien auf ein Mindestmaß herabzusetzen verstand und in aller Stille ein Werk staatlichen Wiederaufbaus und inneren Festigung schuf, das — mag man es im einzelnen auch beanstanden — im ganzen als schlechthin vorbildlich bezeichnet werden muß. Aus dieser Tatsache folgt ohne weiteres, daß man nur einen gleich oder ähnlich arbeitsfähigen Landtag zu wählen braucht. Leider geht es in der Politik häufig so, daß gerade die einfachsten Zusammenhänge nicht erkannt werden, weil es Leute gibt, die ein Interesse daran haben, sie in einen Nebel von Schlagworten und Phrasen einzuhüllen, so daß nicht mehr zu erkennen ist, um was es sich eigentlich handelt.

Dergestalt sind die Bemühungen der Oppositionsparteien im gegenwärtigen Wahlkampf. Da ist zunächst die Opposition der Deutschnationalen. Sachlich hat sie nicht viele Argumente, schon deshalb nicht, weil die kleine deutschnationale Landtagsfraktion allen wichtigeren Gesetzen im Landtag selber zugestimmt hat. Ihr Wahlaufruf klingt denn auch fast demokratisch. Dafür wird aber in der Agitation um so mehr an Einzelheiten Kritik geübt, und einzelne deutschnationale Preßorgane tun gar so, als befinde man sich in Baden in einem bolschewistischen Tollhaus. Ein Glück, daß von derlei Zuständen niemand im Lande etwas merkt.

Auf den gleichen Ton gestimmt ist das Verhalten der Deutschen Volkspartei. Sie war im Landtage überhaupt nicht vertreten, weil sich im November 1919 Nationalliberale und Fortschrittler zur Deutschen Demokratischen Partei zusammengeschlossen haben. Inzwischen aber fanden sich Leute, denen das Zuviel an Einigkeit des freiheitlichen Bürgertums Sorgen bereitete und die deshalb die Deutsche Volkspartei auch in Baden aufmachten. Da sie Wähler brauchen und diese nur von der demokratischen Partei bekommen können, entfesseln sie jetzt in Wort und Schrift und mit einem großen Aufwand an finanziellen Mitteln einen wilden Kampf gegen die Deutsche Demokratische Partei, in deren Reihen, nebenbei bemerkt, nach wie vor fast alle Führer der ehemaligen nationalliberalen Partei sitzen. Daß dieser Kampf in seiner ganzen Hohlheit nicht ohne weiteres von der Wählerschaft zurückgewiesen wird, ist ein Zeichen bedauerlicher Unreife weiter Kreise der Bevölkerung.

Ueber die Opposition von der anderen Seite: Unabhängige und Kommunisten — beide im allen Landtage ebenfalls unvertreten — ist nicht viel zu sagen. Ihre Zielsetzung und ihre politische Methode sind bekannt. Große Erfolge werden sie nicht haben.

Eine neue Erscheinung sind die Listen des Landbundes und einiger Grund- und Hausbesitzervereine. Beide Wirtschaftsgruppen bezeichnen sich selbst als parteipolitisch völlig neutral, aber man wird den Verdacht nicht los, daß es in Wahrheit Hilfstruppen der Deutschnationalen sind, insbesondere wenn man sieht, daß auf den Listen des Landbundes die Namen bisher deutschnationaler Abgeordneter figurieren. Leider enthält das badische Wahlgesetz nicht eine ähnlich weise Bestimmung wie das Reichswahlgesetz, das vorschreibt, daß eine Wählergruppe auf Grund der Reichsliste höchstens so viele Mandate erhalten kann, wie ihr schon in den Wahlkreisen zugefallen sind. Es können daher in Baden auch ganz kleine Gruppen mit Aussicht auf Erfolg Listen einreichen. Wenn sie nur 10 000 Stimmen im ganzen Lande zusammenbringen, erhalten sie von ihrer Landesliste schon einen Abgeordneten.

Gegenüber dieser Opposition haben die Regierungsparteien keinen leichten Stand. Sie haben aber die Wahlarbeit kräftig aufgenommen. Die Deutsche Demokratische Partei insbesondere ist im ganzen Lande eifrig an der Arbeit; ihre Kandidatenlisten weisen Namen von gutem Klang auf.

Es wäre vermessen, über die Wahlaussichten auch nur Vermutungen zu äußern, da nicht weniger als neun Landeslisten eingereicht sind; auch in den meisten der sieben Wahlkreise beträgt die Zahl der eingereichten Listen acht oder neun. Eines ist sicher: wenn es wirklich „alle Neune" zu einer parlamentarischen Vertretung bringen werden, wird es vorbei sein mit der Zeit der ruhigen und sachlichen Parlamentsarbeit, wie sie bisher geleistet wurde. Bei neun Gruppen und Gruppen wird schon aus rein technischen Gründen die Arbeit bedeutend komplizierter werden, ganz abgesehen von den unvermeidlichen politischen Auseinandersetzungen zwischen diesen Gruppen. Sollte es wirklich so schwer sein, das einzusehen? Der 30. Oktober muß es lehren.